



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

media:net berlinbrandenburg e.V.
Ackerstr. 3
10115 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 29. Juli 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Koch, sehr geehrter Herr Kretschmar,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD für die Förderung der Berliner Medien-, Kreativ-, Musik- und Digitalwirtschaft.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

Lina Najmi

Inhalt

Themenkreis I: Standort Berlin	3
Themenkreis II: Branchenspezifisch.....	6
Themenkreis III: Themenspezifisch	9
Themenkreis IV: Fragen der Berlin Music Commission eG	10

Themenkreis I: Standort Berlin

1. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei?

Als eine der größten Branchen der Hauptstadt trägt die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft maßgeblich zur Attraktivität des Berliner Wirtschaftsstandorts bei und ist seit Jahren **Innovationskatalysator für den Zukunftsort Berlin**. Als eine der umsatz- und beschäftigungsstärksten Branchen der Stadt erweist sie sich nicht nur als **Treiber für digitale Transformation und Innovation**, sondern trägt auch dazu bei, dass Berlin immer wieder die höchsten Wirtschaftswachstumsraten in Deutschland erzielt. Mit ihrem erheblichen Übertragungseffekt auf andere Wirtschaftszweige konnten auch andere Sektoren der Stadt an den Erfolg der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft anknüpfen. Deshalb bekennt sich die Berliner SPD in ihrem Landeswahlprogramm zur Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und ist entschlossen, ihr die entsprechende Förderung und beste Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Die Vernetzung der Branche wollen wir weiter unterstützen und finanziell stärken, insbesondere in Form der Arbeit des media:net berlinbrandenburg.

2. Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum die Geschäftsführer*innen, Angestellten und freien Mitarbeiter*innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollten.

i. Wir stehen für Zukunft „made in Berlin“ – sozial, innovativ und auf Augenhöhe

Als progressive Partei steht die SPD wie keine andere Partei für eine Politik des gesellschaftlichen Fortschritts, der **sozialen Innovation** und der technologischen Neuerungen. Um unsere **Innovationsoffensive für Berlin** fortzusetzen bleibt die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft als Zukunftslabor und Innovationstreiber der Stadt unserer wichtigste Schlüsselpartnerin. In einer beispielgebenden **Allianz mit Akteur:innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft** ist es uns gelungen, Berlin zum führenden Standort in diesem Bereich zu machen: Mit solider Sozialpolitik, Investitionen in die Kunst- und Kulturförderung, einer weltoffenen und diversitätsorientierten Verwaltung sowie einer Digitalisierungsoffensive. Diesen erfolgreichen Kurs werden wir konsequent und auf Augenhöhe mit allen Teilen der Stadtgesellschaft weiterverfolgen. Auch deshalb bitten wir die Beschäftigten der Branche, ihr Vertrauen in die SPD zu erneuern und uns ihre Stimme am 26. September anzuvertrauen.

ii. Wir schaffen Wachstumsperspektiven für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft – auch nach der Pandemie

Die Berliner SPD bleibt die Kraft, die die Berliner Wirtschaft entschlossen aus der gegenwärtigen Krise in dieses entscheidende Jahrzehnt führen kann. Wir arbeiten dafür, die Potenziale der Stadt künftig noch stärker zu nutzen und fördern und Unternehmer:innen sowie Investor:innen gute Voraussetzungen zu bieten, Betriebe im Bereich der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zu gründen und mit ihren Unternehmen zu wachsen. Um die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen, braucht Berlin einen neuen Aufbruch, deshalb planen wir ein **Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“**.

iii. Wir stärken den Kreativschaffenden den Rücken und bringen ihre soziale Sicherung auf die Höhe der Zeit

Kreativität braucht Sicherheit. Medien- Kunst- und Kreativschaffende müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-, Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele aus der Branche in eine existentielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass Kulturförderung eine auskömmliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler:innen sicherstellt. Auf Bundesebene setzt sich die

SPD dafür ein, das System der sozialen Sicherung so weiterzuentwickeln, dass Medien-, Kunst- und Kulturschaffende (und andere Soloselbständige) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns unverhandelbaren **Künstlersozialversicherung** und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die **weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme** einschließlich der Grundsicherung im Alter. Hierfür will die Berliner SPD auf eine entsprechende Nachverbesserung der Grundrente im Bund hinwirken. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung gegen Einnahmeausfälle offensteht. Darüber hinaus werden wir die Regelungen für die oftmals unregelmäßig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films und der Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu verbessern. Wir werden eine grundsätzliche **Pflicht zur Altersvorsorge** einführen und Selbständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir im Bund bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängig Beschäftigten.

3. Welche konkreten Projekte zur Förderung, Stärkung und ggf. zum Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie angeschlagenen Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?

Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“ und Neustartprogramm Kultur

Durch die Pandemie und die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen ist Berlin als Kulturmetropole und Wirtschaftsstandort schwer getroffen. Um der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zügig und effektiv auf die Beine zu helfen, setzt die Berliner SPD sowohl auf kulturpolitische Förderung als auch auf wirtschaftspolitische Wiederaufbaumaßnahmen: Zum einen werden wir ein **Neustartprogramm Kultur** auf den Weg bringen, damit Kultur in der Stadt wieder zu ihrer alten Kraft zurückfinden kann. Zum anderen planen wir ein **Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“**, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen.

Digitales Mainstreaming

Die Pandemie hat ein Schlaglicht auf die Bedeutung der Digitalwirtschaft gelegt den Nachholbedarf bei der Digitalisierung der Kultur- und Kreativwirtschaft deutlich gemacht. Hier sieht die Berliner SPD ihren Auftrag für die nächsten Jahren. Wir wollen Berlins **Digitalpolitik als Querschnittsaufgabe** neu ausrichten und mit einer **Digitalisierungsoffensive** für Berlin **digitales Mainstreaming** in allen Bereichen der Stadtgesellschaft fördern. Denn eine starke Kreativ- und Digitalwirtschaft kann nur in einer digitalisierungsfreundliche - und fähige Gesellschaft prosperieren. Deshalb richten wir einen **Investitionsfonds Digitalisierung** ein, der die Stärkung der digitalen Infrastruktur finanziert. Auch für den Kreativ- und Kulturbereich stellt die Digitalisierung Herausforderung sowie Chance zugleich dar. Die große Herausforderung besteht insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Durch eine zunehmende Abwanderung von Kultur auf digitale Kanäle geht Wertschöpfung verloren; finanzielle Einbußen sind die Folge. Gleichzeitig entstehen durch die digitalen Technologien, verbunden mit innovativen Geschäftsmodellen und Konzepten, neue Möglichkeiten hinsichtlich der Schaffung, Verbreitung, Verwertung und Öffnung des Kreativ- und Kulturbereichs hin zu einem größeren Nutzer:innenkreis. Die SPD will hier Entwicklungsimpulse setzen. Wir werden die **Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum** stärken und **digitale Kunstprojekte** fördern. Auch im Bund setzen wir für einen **Pakt der digitalen künstlerischen und kulturellen Teilhabe** ein und werden die Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte fördern, indem wir die **Digitalisierung von Mediatheken**

vorantreiben. Nicht zuletzt werden wir auch die Entwicklung digitaler Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle durch Netzwerke, Beratung und finanzielle Mittel aktiv unterstützen.

Innovationsstandort Berlin fördern

Kaum eine andere Branche ist von Innovation und technologischem Fortschritt geprägt wie die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass diese auf kürzestem Weg von den technischen und geistigen Innovationen der hervorragenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen Berlins profitieren kann. Mit der **Berliner Reallabor-Strategie** wollen wir zudem mehr Innovationsräume in der Stadt schaffen und dabei auch die Kieze zu Orten der Erprobung machen. Mit Unterstützung von **Innovationslotsen** wollen wir Spielräume schaffen, damit sich junge wie etablierte Unternehmen in räumlich begrenzten Bereichen ausprobieren können. Dabei wollen wir Start-ups mit der starken Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen und Berlin zu einem einzigartigen Denk- und Produktionsort machen.

4. Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Berlin als Standort für die Medien-, Kreativ- und Digitalbranche attraktiver zu machen? Wird sich Ihre Partei für Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum einsetzen?

Neue Perspektiven der Medien-, Digital- und Kulturpolitik

Medien-, Digital- und Kulturpolitik muss in den kommenden Jahren tiefgreifende Veränderungsprozesse gestalten. Wir müssen es auch angesichts der Corona-Krise schaffen, sowohl die bestehenden und reichhaltigen Infrastrukturen der Branche aufrechtzuerhalten als auch die Produktion medialer, künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen. Dazu müssen wir verstärkt die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden in den Blick nehmen. Für die SPD ist klar: Die sich verändernden Wertschöpfungsketten bedürfen einer zeitgemäßen „kulturellen Ordnungspolitik“, etwa in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht oder Künstlersozialversicherung. Deshalb setzen wir uns im Bund für die Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen.

Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum

Die Berliner SPD hat Baupolitik in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt und wird die Neubaupolitik des Landes zur Chefsache machen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass Kunst- und Kulturräume in die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden. Dazu wollen wir in Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer:innen zusätzliche Flächen und Räume für Kunst und Kultur schaffen und vertraglich absichern. Gerade unter den Bedingungen der wachsenden Stadt braucht Berlin ausreichend **Ateliers, Produktions- und Präsentationsorte**. Unser Ziel bleibt es, Kreativschaffende in Berlin auch bei anhaltenden Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen eine Grundversorgung mit bezahlbaren Arbeits- und Proberäumen sowie Ateliers zu gewährleisten. Das vom Senat neu gegründete Bündnis „Kultur Räume Berlin“ bietet hierfür einen sachdienlichen Rahmen, den wir weiter fördern und ausbauen wollen. Auch bei der **Schaffung landeseigener Kunst- und Kulturräume** haben wir wesentliche Fortschritte erzielt. So konnten wir durch gezielte Ankäufe, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum Radialsystem V, in den letzten Jahren wichtige Kulturinfrastruktur in Landeshand sichern.

Um mehr Freiflächen für Kreativschaffende in Berlin zu schaffen und zu erhalten, setzen wir uns für die Erstellung eines **Stadtentwicklungsplans Kultur** für Berlin ein, der einen Rahmen für die Umsetzung kreativer Aspekte in die Stadtplanung schafft und konkrete Projekte und Orte für Kunst und Kultur benennt und bei der Entwicklung von Stadtquartieren mitdenkt.

5. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie internationale Fachkräfte für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft nach Berlin holen?

Berlin ist heute Zuhause für hunderttausende Internationalen, die in der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche tätig sind. Dies ist insbesondere einem **migrationsfreundlichen und weltoffenen Kurs** zu verdanken, den wir als Berliner SPD seit Jahren mit der gesamten Stadtgesellschaft trägt. Mit uns wird Berlin auch in Zukunft seine Willkommenskultur und Weltoffenheit in allen Bereichen der Stadtgesellschaft vorleben. Mit unserer Politik wollen wir zu einer **Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur** beitragen und den **Diskriminierungsschutz** beständig weiterentwickeln. Hierbei werden wir dafür sorgen, dass insbesondere die Berliner Verwaltungsstrukturen mitziehen. Mit der Einrichtung eines neuen **Landesamtes für Einwanderung** haben wir bundes- und landespolitisch ein klares Zeichen gesetzt und eine Verwaltungseinheit geschaffen, die service- und beratungsorientiert die Berliner Einwanderungspolitik gestaltet. Ein weiteres Anliegen der Berliner SPD bleibt weiterhin die transparente, zügige und vereinfachte **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen**.

6. Berliner Veranstalter*innen werden für Genehmigungen ihrer Veranstaltungen seitens der jeweilig verantwortlichen Bezirksämter in Berlin unterschiedlich behandelt. Ist Ihre Partei bereit, vereinfachte aufeinander synchronisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen – insbesondere mit Blick auf den Immissionsschutz zur Nutzung von Sonderflächen wie Open Airs – in Berlin aufzustellen?

Die Berliner SPD setzt sich für ein veranstalterfreundliches **Genehmigungsverfahren nach dem One-Stop-Prinzip** ein. Aktuell müssen die Veranstaltenden Genehmigungen von verschiedenen Fachbehörden gemäß unterschiedlichen Gesetzen einholen. Veranstalter:innen stoßen noch zu häufig auf diffuse rechtliche Vorgaben und unklare Zuständigkeiten. Dem wollen wir mit einer **Verfahrenskonzentration** und **Genehmigungsbündelung** in bezirklicher Zuständigkeit entgegenwirken. Zudem werden wir Genehmigungsstandards bezirksübergreifend vereinheitlichen und vor allem Doppelzuständigkeiten weiter abbauen. Bereits in dieser Legislaturperiode setzt sich die Berliner SPD für ein eigenständiges **Veranstaltungssicherheitsgesetz** ein, das verbindliche Regelungen zum Immissionsschutz und zum Schutz von Besucher:innen von Veranstaltungen auf unbebauten Freiflächen festlegt. Unser Ziel ist es Veranstaltungsfreundlichkeit und Veranstaltungssicherheit in Einklang zu bringen. So sieht das Gesetzesvorhaben der SPD-geführten Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine sicherheitsbezogene Genehmigung für Großveranstaltungen mit mindestens 5.000 zeitgleich Teilnehmenden vor. Die Anzeige - und Genehmigungsverfahren sollen einheitlich von den Bezirksämtern verantwortet werden. Wichtig ist uns hierbei ein einfaches und veranstalterfreundliches Verfahren.

Themenkreis II: Branchenspezifisch

1. Welchen Stellenwert hat die Berliner Film- und TV-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Film- und TV-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?

Der Film ist Teil Berliner Kulturguts und trägt maßgeblich zur kulturellen Strahlkraft der Hauptstadt in der Welt bei. Heute ist Berlin weltweit einer der bedeutendsten Produktionsstandorte der Filmwirtschaft und hat durch Filmproduktionen sowie zahlreiche Filmfestivals ein einzigartiges kulturelles und wirtschaftliches Potenzial entwickelt. Um der Berliner Filmwirtschaft sowie der audiovisuellen Industrie auch in Zukunft beste Wachstumsbedingungen zu garantieren, bedarf es gute Arbeitsbedingungen und die beste Ausbildungsmöglichkeiten. Deshalb haben wir die **Mittel für die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB)** weiter aufgestockt. Das zusätzliche Geld dient

nicht nur der DFFB-Drehbuchakademie, sondern wird auch für die **Tarifanpassungen der Akademie-Mitarbeiter:innen** verwendet. Maßgeblich unterstützen wir die DFFB auch beim Umzug in das ehemalige **Flughafengebäude Tempelhof**, damit dort ein Campus entsteht, auf dem die Filmschaffenden der Zukunft im Austausch mit der Stadtgesellschaft ausgebildet werden. Zur Verbesserung der sozialen Lage von Berliner Filmkünstler:innen haben wir einen **Runden Tisch Sozialstandard in Film und Fernsehen** ins Leben gerufen, an dem neue Modelle und Instrumente für die Filmbranche entwickelt werden. Die verbindliche Anwendung von Tarifverträgen prüft die Berlin-Brandenburgische Filmförderinstitution Medienboard durch Erweiterung ihrer Förderverfahren.

Auch im Bund tritt die SPD für eine **wegweisende Novelle des Filmförderungsgesetzes** ein, die die Einnahmeharmonisierung sichert, die internationale Ausstrahlung deutscher Filme unterstützt, das Filmerbe bewahrt und die Entscheidungsgremien effizienter ausgestaltet. Bei der wirtschaftlichen Filmförderung wollen wir die **Deutschen Filmförderfonds (DFFF 1+2)**, und den **German Motion Picture Funds** unter der Dach der **Filmförderanstalt (FFA)** besserverzählen. Die Abstimmung zwischen den Länderförderern und der FFA soll verbessert werden. Ziel ist eine Filmförderung „aus einem Guss“. Das gilt auch für die Förderung künstlerisch herausragender Filme. Mit dem Ausfallfonds wurde ein Mittel geschaffen, um auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Filmlandschaft zu erhalten. Hieraus werden wir Lehren für die Zukunft ziehen. Im Steuersystem wollen wir die **Rahmenbedingungen für internationale Ko-Produktionen** erhalten. Wir sehen zudem die Sender in der Pflicht ihren Beitrag für gute Produktionsbedingungen zu leisten – sowohl finanziell wie auch im Hinblick auf Vergütungen von Filmschaffenden. Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten durch die dauerhafte Etablierung der Kinoförderung, welche wir investiv wie auch im Hinblick auf Programme ausgestalten wollen. Eine nachhaltige Finanzierungsbasis ist nötig, um Kinos erfolgreich in die Zukunft zu führen und die regionale Präsenz von Kinos als Kulturorten sicherzustellen. **Streaming-Angebote** ebenso wie Medien- und Filmplattformen/-mediatheken verändern die Produktionslandschaft nachhaltig. Um **Zukunftskonzepte für die Filmförderung** unter diesen Rahmenbedingungen zu beraten, werden wir auf Bundesebene mit der Film-Community einen „**Zukunftsdialog deutscher Film**“ starten.

2. Wie beurteilt Ihre Partei die Berliner Start-up-Szene und wie will sie diese fördern?

Die Berliner Startup-Szene ist ein wichtiger Wachstumsmotor für die Berliner Wirtschaft. Die SPD wird weiterhin dafür sorgen, dass Berlin der führende Startup-Standort Deutschlands bleibt. Hierfür wollen wir Startups mit der starken Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen und Berlin zu einem einzigartigen Denk- und Produktionsort machen. Bei der Investitionsbank Berlin (IBB) möchten wir einen **Innovations-Fonds** auflegen, der Unternehmen dabei unterstützt, innovative nachhaltige Technologien zur Marktreife zu bringen. Hierzu möchten wir die **Berliner Start-Up-Agenda** erneuern und die Möglichkeiten der Wachstumsfinanzierung zusammen mit der Berliner Investitionsbank ausbauen. Dazu werden wir den Steuerungskreis Industriepolitik und den Masterplan Industrie weiterentwickeln und mit Hilfe einer **Investitions-offensive** für zukunftsfähige Infrastrukturen sorgen. **Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie** soll im Rahmen seiner Kernaufgaben verstärkt für die proaktive und strategische Ansiedlung von innovativen Unternehmen(sbereichen), Leitevents sowie die Teilnahme an (inter)nationalen Calls und Wettbewerben eingesetzt werden und geeignete Maßnahmen verankern, um eine vielfältige Zielgruppe zu adressieren. Wir setzen uns zudem für **gleiche Chancen für Gründerinnen** ein. Dazu wollen wir sie stärker mit Innovationstreibern und Politik vernetzen und mit einem zentralen Fördernavigator und einem **Chancen-Fonds** den Zugang zu Fremdkapital erleichtern. Zudem soll gemeinsam mit Brandenburg ein **regelmäßiger Gründerinnen-Report** erstellt werden. Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen setzen wir uns im Bund für

die Einrichtung sogenannter **One-Stop-Agenturen für Gründer:innen**, öffentliche Fonds für **Wagniskapital** sowie eine „**Kultur der zweiten Chance**“, auch im Insolvenzrecht.

- 3. Welchen Stellenwert hat die Berliner Games- und Esports-Branche für Ihre Partei?**
- 4. Welche Vorschläge hat ihre Partei, um Berlin zu einem führenden Games- und Esports-Standort deutschlandweit/weltweit auszubauen?**

Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet.

Games und Esports sind Kulturgut, Innovationsmotor und Wirtschaftsfaktor. Die Berliner SPD sieht in der Games-Branche ein großes Zukunftspotential für die Digital-, Kreativ- und Medienmetropole Berlin. Die Potentiale von Games in der digitalen Bildung aber auch von eSports in Vereinen und Schulen werden jedoch noch unzureichend genutzt. Die Förderung von Computerspielen wollen wir darum dauerhaft sichern, insbesondere in der Bildungspolitik. In Berlin konnten wir in den letzten Jahren die Games- und Esportsbranche stärker fördern: Die **Games-Förderung vom Medienboard Berlin-Brandenburg** im Rahmen des **Interaktive Audiovisuelle Inhalte Förderprogramms** hat sich als bundesweites Erfolgsmodell bewährt. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die Berliner Förderstruktur mit Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie für Ansiedlungen und die Standortmarketingkampagne **gamescapital.berlin** sowie der Medienboard für die Projektförderung personell und strukturell gestärkt wird. Wir werden zudem die Entwicklung von eSports weiter unterstützen, beispielsweise dadurch, dass wir es gemeinnützig wird – hierfür setzen wir uns auf Bundesebene für eine entsprechende Einstufung ein. Das coronabedingte Ausfallen von Spielmesen mit entsprechenden Möglichkeiten, Berliner Games-Neuheiten den Publishern vorzustellen, stellt die Indies vor Herausforderungen, Vermarktungsverträge für ihre Neuentwicklungen zu akquirieren. Deshalb werden wir daran arbeiten, in der nächsten Legislaturperiode Gaming- und Esportsmesen in Berlin wieder zu ermöglichen.

- 5. Welchen Stellenwert hat die Berliner Musik- und Events-Branche für Ihre Partei?**
- 6. Wie will Ihre Partei die Musik- und Event-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Fragen 5 und 6 werden zusammen beantwortet.

Die Berliner Musik- und Events-Branche hat sich mit einer Vielzahl an Unternehmen, Einrichtungen, Livemusik-Clubs und einer großen Bandbreite von Musikschaffenden, Bands und Orchestern in den letzten Jahren weiter gut entwickelt und ist ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Mit der Gründung des **Berliner Musikboards** haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Heute ist das Musicboard ein wichtiger, niederschwelliger und lösungsorientierter Ansprechpartner der Berliner Musikszene. Ein wichtiges Anliegen der Berliner Musik- und Veranstaltungsbranche ist weiterhin die rechtliche Absicherung von Open-Air-Veranstaltungen. Die Berliner SPD setzt sich bereits in dieser Legislaturperiode für ein eigenständiges **Veranstaltungssicherheitsgesetz**, das verbindliche Regelungen zum Schutz von Veranstaltungsbesucher:innen im öffentlichen Raum festlegt ein. Die Anzeige - und Genehmigungsverfahren sollen einheitlich von den Bezirksämtern verantwortet werden. Wichtig ist uns hierbei ein einfaches und veranstalterfreundliches Verfahren.

Themenkreis III: Themenspezifisch

1. **Die Berliner Start-up-Szene ist international, bunt und meist englischsprachig. Die Berliner Verwaltung in den Bezirken spricht und versteht meist nur Deutsch. Internationale Mitarbeiter*innen scheitern bspw. bei der Anmeldung ihrer Wohnung bzw. benötigen Unterstützung bei den zahlreichen Behördengängen. Welche Maßnahmen für eine Berliner Willkommenskultur der Verwaltung möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?**

Für das Wirtschaftswachstum in Berlin ist es wichtig, dass alle nötigen Informationen und Beratungsangebote für Gründer:innen digitalisiert und englischsprachig zur Verfügung stehen. Die Berliner SPD hat bereits in dieser Legislaturperiode eine **Diversitätsoffensive in der Berliner Verwaltung** gestartet. So spiegelt auch die Berliner Verwaltung die Vielfältigkeit der Berliner Bevölkerung wider (vorhandene Sprachkenntnisse u. a. in Englisch, Türkisch, Arabisch, Französisch, Spanisch, Polnisch, Russisch, Ungarisch, Vietnamesisch, Kroatisch, Italienisch). Schon jetzt bestehen vor Ort die unterschiedlichsten Ressourcen, die gegebenenfalls zusätzlich nutzbar sind. Soweit die individuellen Fremdsprachenkompetenzen der Dienstkräfte es erlauben, finden Erläuterungen auch in nichtdeutscher Sprache statt. Zum Teil werden fremdsprachenkundige Dienstkräfte auch auf freiwilliger Basis registriert, sodass bedarfsbezogen entsprechende Unterstützungen geleistet werden können. Teilweise fördern Dienststellen auch im Rahmen der dienstlichen Fortbildung **Sprachkurse der Beschäftigten**.

2. **Welche Meinungen vertritt Ihre Partei zu Urheberrecht, Datenschutz und Online Sicherheit?**

Die Berliner SPD steht für die digitale Souveränität von Bürger:innen und Verbraucher:innen ein. Das Urheber- und Telekommunikationsrecht obliegen jedoch der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. So sitzt sich die SPD auf Bundesebene dafür ein, die Rahmenbedingungen privatwirtschaftlichen Medienschaffens zu stärken und insbesondere dort zu unterstützen, wo Fragen des Wettbewerbs-, Urheber- oder Telekommunikationsrechts die Rahmenbedingungen privater Medienmärkte prägen. Darüber hinaus setzt sich die SPD im Bund für eine gezielte und **koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen** und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen. Große Bedeutung für europäische Unternehmen kommt hierbei Open Source-basierten Modellen zu. Wir setzen uns ein für eine **europäische Cloud-Infrastruktur**.

Für die Berliner SPD ist klar: Nutzer:innendaten müssen geschützt sein und die Nutzer:innen müssen darüber bestimmen können, was mit ihren Daten geschieht. Die Datenschutzgrundverordnung ist ein wichtiger Meilenstein und muss in ihrer Durchsetzung praxisnah verbessert werden. Wir brauchen daher gut ausgestattete, effektiv arbeitende Datenschutzaufsichtsbehörden. Darüber hinaus sollen Daten für gemeinwohlorientierte digitale Dienstleistungen und Innovationen nutzbar gemacht werden und nicht nur wenigen großen Daten-Monopolisten zur Verfügung stehen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für ein **Datengesetz** ein, das das Gemeinwohl in den Mittelpunkt rückt. Dafür werden wir eine **vertrauenswürdige Daten-Teilen-Infrastruktur** fördern, **öffentliche Datentreuhänder** einrichten und gleichzeitig dafür sorgen, dass die großen Konzerne ihre Daten für gemeinwohlorientierte Ziele teilen müssen.

Cybersicherheit ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Deshalb wollen wir im Bund Hersteller darauf verpflichten, Softwareprodukte, digitale Dienste und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie sicher sind (**Security by Design**) und dass sie bei den Standardeinstellungen die

sicherste Variante wählen (**Security by Default**). Digitale Hintertüren sollen nicht offen gehalten werden.

3. Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg für eine starke Kreativ-Hauptstadtregion?

Die Stärke der Metropolregion Berlin-Brandenburg lebt von einer wirksamen Zusammenarbeit der beiden Länder in allen Politikbereichen – auch im Bereich der Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang setzen sich die Berliner und Brandenburger SPD seit Jahren dafür ein, dass die Länder im kulturinstitutionellen Bereich besonders eng zusammenrücken. Die Errichtung einer gemeinsamen **Akademie der Künste**, einer gemeinsamen **Stiftung Preußische Schlösser und Gärten** Berlin-Brandenburg sind Beispiele dieser erfolgreichen Vernetzungsarbeit in der Kreativ-Hauptstadtregion. Dieser Vernetzungsidee folgend ist auch die Filmfördereinrichtung **Medienboard Berlin-Brandenburg** 2004 gegründet worden. Zu ihren Aufgaben gehören neben der klassischen Film- und New-Media-Förderung auch die Förderung und Beratung von Verleihern, Kinos und Filmfestivals.

Themenkreis IV: Fragen der Berlin Music Commission eG

Die Fragen des Themenkreis IV werden zusammen beantwortet.

Die Berliner SPD ist der Musikwirtschaft schon seit Jahrzehnten verbunden. Festivals, Musikstudios, Musikproduktionen, Konzertdirektionen, Agenturen sind eine wesentliche Säule der Berliner Wirtschaft. Daher ist es uns wichtig, die Berliner Musikwirtschaft auch weiterhin gezielt zu unterstützen und die Musikwirtschaftsförderung stärker als bisher in die wirtschaftspolitische Gestaltung Berlins einzubinden. Mit der Gründung des **Berliner Musikboards** haben wir die Musikförderung erstmals institutionell verankert. Mittlerweile fungiert das Musicboard als landeseigene GmbH und ist Förderinstitution, zentrale Anlaufstelle und Berater sowohl für das Land Berlin als auch für die Berliner Musikszene.

Die Corona-Pandemie hat die in der Musikwirtschaft tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, starten wir eine **Kulturoffensive**, die durch einen **Sonderfonds Anschubfinanzierung** geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies würde insbesondere die Berliner Musikszene zugutekommen.

Auch **Festivals** sind eine wichtige Einnahmequelle für die Berliner Musikwirtschaft. Bis 2016 gab es kein Förderinstrument, das eine kontinuierliche Förderung etablierter oder innovativer Festivals ermöglicht, insbesondere weil Bundesförderprogramme wie der Hauptstadtkulturfonds zur Einwerbung von Fördermitteln nicht herangezogen werden konnten. Um jedoch der Bedeutung der Festivalformate als niederschwellige Kulturangebote und Orte der kulturellen Teilhabe gerecht zu werden, war die Einrichtung eines **Festivalfonds** eines der ersten kulturpolitischen Anliegen der Berliner SPD in dieser Legislaturperiode. Nach erstmaliger Ausschreibung ein- und zweijähriger Festivals im Jahr 2016 wurde die Festivalförderung anschließend durch Ausschreibung **vierjähriger Förderung** erweitert.